

Rheinland-Pfalz

E-Fahrzeuge im Mainzer Fuhrpark

[11.02.2026] Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt die Mainzer Entsorgungsbetriebe bei der Anschaffung neuer Elektro-Nutzfahrzeuge. Aus dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation fließen rund 4,6 Millionen Euro.

Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt die Stadt [Mainz](#) beim klimafreundlichen Umbau ihres Fuhrparks. Nach Angaben des rheinland-pfälzischen [Klimaschutzministeriums](#) flossen rund 4,6 Millionen Euro aus dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation ([KIPKI](#)) in neue Nutzfahrzeuge mit Elektroantrieb. Klimaschutzministerin Katrin Eder (Bündnis 90/Die Grünen) informierte sich in Mainz über die Fahrzeuge und übergab einen weiteren Förderbescheid.

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Bei dem Termin sagte Eder: „Der Klimawandel ist längst keine abstrakte Bedrohung mehr, sondern eine Realität, die wir in unserem Alltag immer deutlicher spüren.“ Klimaschutz sei eine Gemeinschaftsaufgabe. Dabei spielen Kommunen eine zentrale Rolle. Sie sind die Orte, an denen Maßnahmen sichtbar werden und sich direkt auf das Umfeld der Menschen auswirken. Mit dem KIPKI stellt das Land den Kommunen unkompliziert Mittel zur Verfügung, damit sie vor Ort passende Maßnahmen umsetzen können.

Laut der Stadt führt der Austausch zu einer prognostizierten Einsparung von rund 165 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Die Fahrzeuge wurden vollständig aus KIPKI-Mitteln finanziert. Die Mainzer Umweldezernentin Janina Steinkrüger sagte, der klimafreundliche Umbau des Fuhrparks sei ein wichtiger Baustein für mehr Lebensqualität. „Mit den neuen Elektrofahrzeugen reduzieren wir Emissionen und Lärm genau dort, wo viele Menschen leben und arbeiten.“ Dies sei praktischer Klimaschutz, der im Alltag spürbar werde – für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Mitarbeitende der Entsorgungsbetriebe.

KIPKI-Programm mit Volumen von 250 Millionen Euro

Bezüglich des Programms KIPKI teilte die Ministerin mit, dass alle 194 berechtigten Kommunen in Rheinland-Pfalz Anträge gestellt hätten. Rund 1.300 Teilprojekte wurden bewilligt. Das Gesamtvolumen des Programms beträgt 250 Millionen Euro. Ein Eigenanteil der Kommunen war nicht erforderlich. Dadurch konnten auch finanziell schwächere Kommunen Projekte umsetzen. Viele Städte und Gemeinden investierten zusätzlich eigene Mittel. So bringt die Stadt Mainz zu ihren rund 9,5 Millionen Euro aus KIPKI weitere 5,1 Millionen Euro ein. Landesweit kommen zu den Fördermitteln weitere 80 Millionen Euro aus kommunalen Eigenleistungen hinzu.

(al)